

«Sicherheit auf hohem Niveau kostet»

Am 8. März entscheidet der Kanton Solothurn über den neuen Kapo-Stützpunkt für 84,5 Millionen Franken.

Sarah Berner

In wenigen Wochen liegt es am Solothurner Stimmvolk zu entscheiden, ob der neue Kapo-Stützpunkt in Oensingen Realität wird. Nachdem der Regierungsrat und zuletzt auch der Kantonsrat zum Verpflichtungskredit von 84,5 Millionen Franken einstimmig Ja gesagt haben, stellten Polizeikommandant Thomas Zuber und Kantonsbaumeister Guido Keune am Dienstag die wichtigsten Argumente für das Projekt vor.

Für Zuber steht dabei vor allem die heutige Arbeitssituation der Polizistinnen und Polizisten im Zentrum. Die Anforderungen an die Polizei hätten sich in den vergangenen Jahren stark verändert, sagt er. Gesellschaftliche Entwicklungen, neue technische Möglichkeiten und zusätzliche Aufgaben verlangten zeitgemässe Ausbildung und Infrastruktur.

«Wir haben heute sehr umständliche Arbeitsabläufe und massive Platzprobleme», so Zuber. Die bestehenden Standorte seien nicht auf diese Entwicklung ausgelegt. Grössere Investitionen in die Polizeinfrastruktur habe es seit Jahrzehnten kaum gegeben, viele Gebäude stammten aus einer Zeit mit völlig anderen Anforderungen an die Polizeiarbeit.

Besonders deutlich wird dies laut Zuber bei der Ausbildung. So müsse die Polizei für Schiessübungen heute externe Anlagen anmieten, etwa auf Militärschiessplätzen in Wangen an der Aare. Das Militär habe dort jedoch Priorität, was die Planung erschwere. «Kurse zum Selbstschutz und Schiessausbildung finden heute nicht am selben Ort statt», sagt Zuber. Mit dem neuen Stützpunkt könnten diese Bereiche erstmals gebündelt werden.

Die bestehenden Polizeiposten im Kanton blieben grösstenteils erhalten, erklärte Zuber. Lokale Posten wie Balsthal oder Solothurn würden weiterhin bestehen. Verlagert würden lediglich jene Dienste, die kantonsweit im Einsatz stünden, etwa die Kriminaltechnik. Geschlossen werde einzig der Standort Hägendorf

Ein zentraler Standort

Wie diese Zentralisierung konkret umgesetzt werden soll, stellte der Hochbauchamtschef Guido Keune vor. Die Ursprünge des Projekts reichen ins Jahr 2018 zurück, als der Kanton das Land kaufte. Der Neubau ist auf rund 10'440 Quadratmeter Nutzfläche ausgelegt und umfasst drei Obergeschosse, ein Sockelgeschoss sowie drei Untergeschosse. Vorgesehen sind rund 120 Arbeitsplätze.

Der Standort sei verkehrstechnisch optimal gelegen, sagt Keune. Der Neubau liegt rund 200 Meter vom Bahnhof Oensingen entfernt und etwa 500 Meter von der Autobahnausfahrt. Zudem grenzt er direkt an das Schwerverkehrskontrollzentrum, mit dem Synergien genutzt werden können. Der Stützpunkt entsteht in einem bestehenden Industriequartier und sei dabei «das letzte Puzzelstück». So werde niemandem Landwirtschaftsland weggenommen.

Auch die Bauweise ist klar festgelegt. Der Neubau entsteht als klimafreundlicher Hybridbau: Die oberirdischen Geschosse werden aus Holz erstellt, die Untergeschosse aus Beton. Auf dem Dach und an Teilen der Fassade ist eine Fotovoltaikanlage geplant, die Strom für rund 80 Haushalte produziert. Beheizt wird das Gebäude mit einer weitgehend



Visualisierung des Kapo-Stützpunkts in Oensingen.

Bild: zvg

CO₂-neutralen Holzschnitzelheizung. Ergänzt wird das Energiekonzept durch Nachtauskühlung, nur einzelne Räume sind klimatisiert. «An diesem Gebäude gibt es nichts, das es nicht braucht», sagt Keune. Der Bau sei konsequent auf die funktionalen Anforderungen der Kantonspolizei ausgerichtet.

Gleichzeitig wird bereits heute an mögliche künftige Bedürfnisse gedacht. Der Neubau ist statisch so ausgelegt, dass er später um bis zu zwei weitere Geschosse erweitert werden könnte. «Das ist eigentlich der einzige Luxus, den wir uns leisten», sagt Keune. Sollte der Platzbedarf in einigen Jahren wachsen, könne der Bau ohne

grundlegende Eingriffe aufgestockt werden.

Die letzte Stimme hat das Volk

Die Investition von 84,5 Millionen Franken verteilt sich über mehrere Jahre. Der Baustart ist für 2028 vorgesehen, die Inbetriebnahme für 2031. Dass sowohl Regierung als auch Kan-

tonsrat das Projekt ohne Gegenstimmen unterstützt haben, schätzt der Kommandant sehr. Nun liegt der Entscheid aber beim Volk. Behördenpropaganda sei nicht sein Ding, sagt Zuber – «aber wenn man Sicherheit auf hohem Niveau verlangt, muss man sich bewusst sein, dass das auch etwas kostet».

Grippewelle fordert Solothurner Spitäler

Die Spitäler im Kanton kämpfen derzeit mit vielen Grippefällen. Die Notfallkonsultationen haben zugenommen.

Adrian Kamber

Die Schweiz befindet sich gerade wieder einmal mitten in einer Grippewelle. Im Vergleich zu den Vorjahren fällt sie heuer allerdings stärker aus. Zu spüren bekommen das nicht nur die Apotheken und Hausärzte, sondern auch die Spitäler. Bei den drei öffentlichen Spitälern im Kanton (Solothurn, Olten und Dornach) sogar noch mehr als im Rest der Schweiz.

Solothurn liege mit der Grippebelastung aktuell über dem Schweizer Mittel betreffend wöchentliche Fallmeldungen von Grippe-Erkrankungen, heisst es von der Solothurner Spitäler AG (soH) auf Anfrage. «Seit den Festtagen ist die Auslastung bei den Solothurner Spitälern sehr hoch», schreibt Mediensprecher Gian Trionfini. «Viele Patientinnen und Patienten müssen und müssen stationär be-

handelt oder auch isoliert werden.» Obwohl die Belastung hoch sei, würden die Kapazitäten für die Versorgung aber noch ausreichen.

Mehr Notfälle als in Vorjahren

Der Höhepunkt der Welle sei wohl noch nicht erreicht. «Wir gehen davon aus, dass die herrschende Grippewelle Bestand haben und die Belastung in den nächsten Wochen weiterhin hoch bleiben wird», so Trionfini. Hinzu kommt, dass die Schwere der Grippefälle eher höher sei als in den Vorjahren. Insbesondere ältere Menschen oder Personen mit schweren Vorerkrankungen können bei einer Grippe Komplikationen erleiden.

Was bei dieser Grippewelle besonders auffällt, ist, dass im Vergleich zu den Vorjahren die Notfallkonsultationen aufgrund

von Influenza und anderen respiratorischen Infekten deutlich zugenommen habe. «Auf allen drei Notfallstationen liegt die Anzahl behandelter Patientinnen und Patienten aktuell überdurchschnittlich hoch», schreibt soH-Medien Sprecher Trionfini. Im Vergleich zum Jahresdurchschnitt würden derzeit bis zu 40 Prozent mehr Patienten behandelt. Dadurch könne es auch zu Wartezeiten für weniger dringliche Fälle kommen.

Keine Maskenpflicht für Besuchende

Auch ennet der Kantonsgrenze spitzt sich die Grippewelle zu. Das Kantonsspital Aarau hat darauf reagiert, indem seit dem 31. Dezember für Besucher und Personal eine Maskenpflicht gilt. Wer selbst von einer Atemwegsinfektion betroffen ist, soll ganz auf einen Besuch verzichten.

In den Solothurner Spitälern müssen Besucherinnen und Besucher hingegen bis jetzt noch keine Maske tragen. «Aktuell sehen wir noch keinen Bedarf für eine Maskenpflicht im Patientenkontakt», so Trionfini.

Er fügt aber hinzu: «Unsere Mitarbeitenden tragen den Mund-Nasen-Schutz dank der intensiven Sensibilisierung während der Pandemie bereits seit Wochen auch auf freiwilliger Basis.»



Auf den Notfallstationen ist die Anzahl behandelter Patienten derzeit überdurchschnittlich hoch.

Bild: Bruno Kissling

Handelskammer für Individualbesteuerung

Abstimmung Der Vorstand der Solothurner Handelskammer hat die Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 8. März beschlossen. Er empfiehlt ein Ja zur Individualbesteuerung. Diese beseitige die Heiratsstrafe und stärke Erwerbsanreize. Dadurch werde das inländische Arbeitskräftepotenzial besser genutzt. Auf Anklang stösst zudem die SRG-Halbwahlinitiative. Damit würden die Radio- und Fernsehgebühren für Unternehmen wegfallen, was KMU «spürbar finanziell entlastet».

Die Klimafonds-Initiative lehnt die Handelskammer ab, weil sie den finanziellen Handlungsspielraum des Bundes einschränke. Ein Nein empfiehlt die Handelskammer ebenfalls zur Bargeld-Initiative, bei gleichzeitiger Zustimmung zum direkten Gegenentwurf. (szr)